

576634-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – VgV Projektsteuerung - ZENTRALBEREICH
GAISBACH, KÜNZELSAU
OJ S 187/2024 25/09/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Künzelsau Stadtverwaltung

E-Mail: sabine.heinrichs@kohlergrohe.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: VgV Projektsteuerung - ZENTRALBEREICH GAISBACH, KÜNZELSAU

Beschreibung: Die Stadt Künzelsau beabsichtigt die städtebauliche Neustrukturierung des Zentralbereichs Gaisbach. Dieser umfasst eine Grundstückfläche von 19.101 m². Hierzu hat die Stadt Künzelsau einen Realisierungswettbewerb für Architekten und Landschaftsarchitekten durchgeführt. Das daran anschließende VgV-Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Im Wettbewerb soll dieser Bereich mit einer 3-zügigen Grundschule, einer 6-gruppigen Kindertagesstätte mit Familienzentrum, einer zentralen Mensa für maximal 200-250 Personen mit Jugendzentrum, einer Mehrzweckhalle, sowie Sportflächen und Flächen für den ruhenden Verkehr entwickelt werden. Das bestehende Schulgebäude befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand und soll rückgebaut werden. Die bestehende Mehrzweckhalle soll erhalten werden. Die Halle weist ebenfalls bauliche Mängel auf. Hier haben erste Sanierungsmaßnahmen für Besserung gesorgt. Die weiterhin bestehenden Mängel sollen jedoch im Rahmen der Neubebauung des Zentralbereichs saniert und das Gebäude damit erhalten werden. Die Sanierungsmaßnahmen sind nicht Bestandteil der VgV-Verfahren und sollen zu einem späteren Zeitpunkt separat ausgeschrieben werden. Die Realisierung der Neuen Sozialen Mitte Gaisbachs soll in zwei Bauabschnitten erfolgen. Der Planungsbeginn ist direkt nach Abschluss der Vergabeverfahren im März 2025 vorgesehen. 1. Bauabschnitt – Neubau Grundschule und Neubau Mensa mit Jugendzentrum inkl. deren Freianlagen. Ziel: Baubeginn für den 1. BA ist Anfang 2027, Fertigstellung 04/2029. In einem ersten Bauabschnitt soll ein Ersatzneubau für die Reinhold-Würth-Grundschule und die Mensa mit Jugendzentrum und deren Freianlagen geschaffen werden. Zeitgleich soll die bestehende Mehrzweckhalle saniert werden (nicht Bestandteil der VgV-Verfahren). Während der Bauzeit der neuen Grundschule soll die bestehende Grundschule weiterhin genutzt werden. Bis zur Erstellung dieses Neubaus ist allerdings der Weiterbetrieb unverzichtbar. Auch ist im Blick auf die steigenden Schülerzahlen Flächen für ein Grundschul-Interim mit max. 4 Klassenräumen erforderlich. Das Interimsgebäude ist nicht Bestandteil der VgV-Verfahren. 2. Bauabschnitt – Abbruch Grundschule, Neubau Kindertagesstätte mit Familienzentrum inkl. deren Freianlagen. Ziel: Baustart Kindertagesstätte mit Familienzentrum im Anschluss an Fertigstellung des 1. Bauabschnitts. Im zweiten Bauabschnitt soll eine 6-gruppige Kindertagesstätte mit Familienzentrum entwickelt werden. Der Abbruch ist auch Bestandteil der Verfahren

(Projektsteuerung). Die 2-3 geschossigen Gebäude sollen als Holz-/Holzhybridbau geplant und erstellt werden. Umnutzungsfähigkeit: Eine hohe Umnutzungsfähigkeit und Flexibilität stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Wertestabilität von Gebäuden. Die Gebäudestruktur soll infolgedessen optimale Voraussetzung aufweisen, dass sich Änderungen, die infolge wandelnder pädagogischer Rahmenbedingungen oder Schülerzahlen erforderlich werden, möglichst leicht vornehmen lassen. Lebenszykluskosten: Durch bauliche und technische Maßnahmen ist ein optimiertes Verhältnis von Investitionskosten zu Nutzungskosten anzustreben. Im Entwurfskonzept sind die Herstellungs-, Betriebs- und Unterhaltskosten zu berücksichtigen durch: - die Angemessenheit der baulichen Maßnahmen (v.a. Flächeneffizienz, Gebäudeform, Tragwerk, Fassade etc.) - geringe Energiekosten über einen reduzierten Energiebedarf und eine optimierte Energiebedarfsdeckung - eine Reinigungs- und Instandhaltungsfreundlichkeit der Fassade - die Vermeidung wartungsintensiver Gebäudetechnik. Nachhaltigkeit: Die Neubebauung soll in Bezug auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz eine Vorbildfunktion einnehmen. Die Nachhaltigkeitsaspekte des im Landesbau Baden-Württemberg eingeführten Leitfadens „Nachhaltiges Bauen (BNB)“ (www.nachhaltigesbauen.de) sind zu berücksichtigen. Die Ausloberin strebt die Zertifizierung nach DGNB in „Gold“ an. Der Entwurf muss die Erreichbarkeit dieses Zieles möglich machen. Die Ausloberin wünscht sich einen hohen Vorfertigungsgrad und erwartet sich dadurch eine kurze Bauzeit und eine wirtschaftliche Errichtung der Gebäude. Die Gebäude sollen als Holz-/Holzhybridbau geplant und erstellt werden. Eine materialgerechte und wirtschaftliche Planung wird vorausgesetzt. Die Kosten KG 300+400 netto werden auf ca. 22 Mio € geschätzt. Die Hauptnutzfläche beträgt gemäß Raumprogramm insgesamt ca. 3.900m², davon ca. 2.350m² für die Schule, ca. 400m² für die Mensa mit Jugendzentrum, sowie ca. 1.150m² für Kita und Familienzentrum. Es ist geplant Fördermittel zu beantragen. Für die Leistungen der Projektsteuerung gem. § 2 AHO-Heft Nr.: 9 (2020), Projektstufen 1-5, HB A-E wird ein geeignetes Büro gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. Es ist eine stufenweise Beauftragung vorgesehen: Stufe 1: Leistungsphase 1-3 für das gesamte Areal als "Sockel-Planung", d.h. 1.BA und 2.BA, Stufe 2: Leistungsphase 4-5 für 1. BA / 2. BA, Stufe 3: Leistungsphase 6-7 für 1. BA / 2. BA, Stufe 4: Leistungsphase 8-9 für 1. BA / 2. BA. Der Baubeginn für den 1. BA ist für Anfang 2027 vorgesehen. Die Ausführung und Beauftragung für den 2. BA erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die weitere Beauftragung der jeweils nachfolgenden Leistungsstufe. Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich am 20.01.2025 vormittags und 21.01.2025 (ganztägig) statt. Weitere Informationen siehe Ziffer 5.1. Kennung des Verfahrens: 9b2bb28c-fb3f-41ad-aa90-72b2b11c9437
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Künzelsau

Land, Gliederung (NUTS): Hohenlohekreis (DE119)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die für die Abgabe eines Teilnahmeantrags erforderlichen Unterlagen können mit und ohne Registrierung unter dem unter 5.1.11 angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden. Teilnahmeanträge sind ausschließlich

elektronisch über die unter 5.1.11 angegebene Vergabeplattform in Textform i.S.v. § 53 Abs 1 VgV einzureichen. Es ist unzulässig, Teilnahmeanträge unmittelbar an die unter 8.1 angegebene Kontaktstelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die unter 5.1.11 angegebene Vergabeplattform gestellt werden. Die - anonymisierten - Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Unterlagen für das Vergabeverfahren werden nur auf der Vergabeplattform unter dem unter 5.1.11 angegebenen Link zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst unter dem angegebenen Link informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zu beachten sind. Für die Erstellung der Teilnahmeanträge wird keine Kostenerstattung gewährt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Die nachfolgenden Eigenerklärungen sind vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft, anzugeben: Eigenerklärung, dass im Fall einer Beauftragung eine Berufshaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen wird. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen. Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB). Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozialoderarbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.v. § 21 Abs.1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG) vorliegt. Die öffentliche Auftraggeberin behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bewerber/ Bewerbergemeinschaften, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Eigenerklärung "Verbot Beteiligung russischer Unternehmen" nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr.833/2014. Die Vergabestelle behält sich ferner vor, für Bewerber/Mitglieder von Bewerbergemeinschaften /Nachunternehmer selbst beim Gewerbezentralregister einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs.1 Nr.4 GewO anzufordern. Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber auffordern, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzureichen. Alle Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen (bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung). Bei Bietergemeinschaften sind die Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern zu erbringen. Erklärungen, Versicherungen

und Nachweise, soweit diese auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind, führen bei Nichtvorlage zum Ausschluss. Die Vergabestelle behält sich vor, die nachträgliche Vorlage von Originalen oder beglaubigten Abschriften zu verlangen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: VgV Projektsteuerung - ZENTRALBEREICH GAISBACH, KÜNZELSAU

Beschreibung: Zusatz TGA: Energiebedarfsdeckung: Der Neubau soll an die bereits bestehende Versorgung des Grundstücks (Wasser, Abwasser und Strom) angeschlossen werden. Der Zentralbereich soll künftig über eine gemeinsame Wärmezentrale versorgt werden, welche sinnvollerweise in einem der Neubauten anzusiedeln ist.

Mindestanforderungen an eine möglichst CO₂-neutrale Energieversorgung stellt das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) dar. Die Gebäude sind auf Grundlage des geltenden Gebäudeenergiegesetzes (GEG) mit dem Ziel mindestens Effizienzhaus 40 zu planen und müssen deren Anforderungen erfüllen. Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen auf den Dachflächen sind ausdrücklich erwünscht. Photovoltaik-Anlagen an der Fassade sind ebenfalls denkbar. Vorschläge für ein innovatives Energiekonzept werden ausdrücklich begrüßt. Wasser und Regenwasser: Bauliche Voraussetzungen für die Regen- und Grauwassernutzung in dem Gebäude und insbesondere zur Bewässerung der Freiflächen sind zu berücksichtigen. Niederschlagswasser, das nicht zurückgehalten oder als Ersatz für Trinkwasser genutzt werden kann, ist so weit als möglich zu versickern, um den Grundwasserhorizont zu speisen und die Vorflut zu entlasten. Über eine Dachbegrünung können Ausgleichsflächen geschaffen werden. Die Schaffung von begrünten Fassaden wird begrüßt. Zusatz Bauphysik Akustik: Ausreichende Akustikmaßnahmen stellen in der Schule und in der KiTa einen wichtigen funktionalen Aspekt dar, ihnen kommt in allen Funktionsbereichen (besonders auch in der Mensa) eine besondere Bedeutung zu. Gemäß dem Bebauungsplan Haselhöhe I liegt das Wettbewerbsgebiet im Lärmpegelbereich III und IV. Dies ist bei der Positionierung der Gebäude entsprechend zu berücksichtigen. Raumklima: Es wird besonderer Wert auf die zu erwartende Innenraumqualität gelegt. Dazu zählt insbesondere eine gute Raumluftqualität, die über eine kontrollierte Be- und Entlüftungsanlage sichergestellt werden soll. Dabei soll auch zusätzlich die Fensterlüftung im Lüftungskonzept berücksichtigt werden. Über sinnfällige passive Maßnahmen (Bauweise, Speicherfähigkeit der Bauteile, Orientierung, abgestimmter Fensterflächenanteil) ist das Raumklima bereits in der Vorplanung weiter zu optimieren. Zusatz Brandschutz: Ziel hinsichtlich des Brandschutzes ist es, Nutzungseinheiten in der Größe von maximal 400 m² vorzusehen. Damit können notwendige Flure entfallen, die i.d.R. brandlastfrei zu halten sind. Für die Leistungen der Projektsteuerung gem. § 2 AHO-Heft Nr.: 9 (2020), Projektstufen 1-5, HB A-E wird ein geeignetes Büro gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. Es ist eine stufenweise Beauftragung vorgesehen: Stufe 1: Leistungsphase 1-3 für das gesamte Areal als "Sockel-Planung", d.h. 1.BA und 2.BA, Stufe 2: Leistungsphase 4-5 für 1. BA / 2. BA, Stufe 3: Leistungsphase 6-7 für 1. BA / 2. BA, Stufe 4: Leistungsphase 8-9 für 1. BA / 2. BA. Der Baubeginn für den 1. BA ist für Anfang 2027 vorgesehen. Die Ausführung und Beauftragung für den 2. BA erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die weitere Beauftragung der jeweils nachfolgenden Leistungsstufe. Weitere Informationen siehe Ziffer 2.1

Interne Kennung: E96359326

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Künzelsau

Land, Gliederung (NUTS): Hohenlohekreis (DE119)

Land: Deutschland

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für: selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: insgesamt 20%, 100 mögliche Punkte: Umsätze in den letzten 3 Jahren, Personalstruktur

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärung abgeben: Eigenerklärung über den Umsatz (netto) im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei Jahren. Eigenerklärung zur durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei Jahren.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: insgesamt 80%, 400 mögliche Punkte. Jeder Bewerber, jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Teilnahmeantrag Eigenerklärungen zu Referenzen abgeben.

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die qualitative Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in den Formblättern. Es können 3 Referenzen gewertet werden. Referenz A ist zwingend erforderlich, die Referenzen B und C sind optional. In jeder Referenzkategorie kann jeweils nur 1 Projekt gewertet werden. Mehrfachnennungen sind möglich in Kategorie A und C oder B und C. Die Referenzen müssen im Büro des Bewerbers erbracht worden sein. Die technische Leistungsfähigkeit wird insgesamt mit 80% gewertet, davon die qualitative Bewertung der Referenzprojekte: max. 200 Punkte für Referenz A (40%), max. 100 Punkte für Referenz B (20%), max. 100 Punkte für Referenz C (20%). Insgesamt können bei Berücksichtigung aller Kriterien 500 Punkte erreicht werden. Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung führt zum

Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Jedes Auswahlkriterium wird abhängig von den durch den Bewerber gemachten Angaben z.B. mit 0 - 5 Punkte bewertet. Die vom Bewerber bei einem Kriterium erreichte Punktzahl ergibt sich durch Multiplikation der jeweiligen Bewertungsziffer mit der Wichtung des Kriteriums. Die Gesamtpunktzahl des Bewerbers ergibt sich durch Addition aller erreichten Punktzahlen der Einzelkriterien in der Auswahlphase. Es werden die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl ausgewählt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbliebenen Bewerbern durch Los getroffen werden. Beschreibung der Referenzen für Projektsteuerung: Referenz A – zwingend: Nachweis der Projektsteuerung gem. AHO eines realisierten und vergleichbaren Projekts Thema Schule oder Kita oder einer vergleichbaren Bildungseinrichtung (Kriterien der Vergleichbarkeit: Neubau Schule oder Kita od. vgl., ca. 3.900 m² Hauptnutzfläche). Für Referenz A gilt folgende Mindestanforderung: o Nachweis eines vergleichbaren, realisierten Projekts, Thema Schule oder Kita od. vgl. o Kosten der KG 300-400 netto mind. 8 Mio. € o Leistungszeitraum 2013 – 2024 (fertiggestellt) o Durchführung der wesentlichen Projektstufen (min. 2 - 5) im Unternehmen. Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung. Referenz B - optional: Nachweis der Projektsteuerung gem. AHO eines realisierten und vergleichbaren Projekts, Thema Holz- oder Holzhybridbauweise (Kriterien der Vergleichbarkeit: Neubau Holz- oder Holzhybridbauweise, ca. 3.900 m² Hauptnutzfläche). Für Referenz B gilt folgende Mindestanforderung: o Nachweis eines vergleichbaren, realisierten Projekts, Thema Holz- oder Holzhybridbauweise, o Kosten der KG 300-400 netto mind. 5 Mio. €, o Leistungszeitraum 2013 – 2024 (fertiggestellt), o Durchführung der wesentlichen Projektstufen (min. 2 - 4) im Unternehmen. Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung. Referenz C - optional: Nachweis Projektsteuerung eines realisierten Projekts mit qualitativ hochwertiger Architektur. Nachweis der Hochwertigkeit z. B. über Auszeichnung durch gestalterische Kommission oder Nachweis eines regelgerechten Wettbewerbserfolgs oder vergleichbar. Für Referenz C gilt folgende Mindestanforderung: o Nachweis eines vergleichbaren, realisierten Projekts mit qualitativ hochwertiger Architektur o Kosten der KG 300-400 netto mind. 2 Mio. € o Leistungszeitraum 2013 – 2024 (fertiggestellt) o Durchführung der wesentlichen Projektstufen (min. 2 - 5) im Unternehmen Bewertung mit max. 5 Punkten. - Auszeichnung durch gestalterische Kommission mit Fachleuten = 5 Punkte, - Wettbewerbserfolg, gelistet bei einer Architektenkammer = 4 Punkte, - Sonstige Wettbewerbserfolge oder Auszeichnungen = 1-3 Punkte. Es können mehrere Preise/Erfolge für die Referenz eingereicht gewertet werden, diese können bis zu 5 Punkten addiert werden. Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung. Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 80,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektorganisation

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projekteinschätzung und Vorgehensweise durch den Projektleiter

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektmanagement

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Honorarangebot

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E96359326>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E96359326>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 24/10/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 3 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen liegt im Ermessen des Auftraggebers und wird entsprechend VgV festgelegt.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist dem Teilnahmeantrag eine Erklärung beizulegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein allein vertretungsberechtigter bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft legitimiert ist. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften, deren Mitglieder sich mehrfach - sei es als einzelnes Unternehmen, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer - an diesem Vergabeverfahren beteiligten, wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden bzw. aus diesem Grund bereits bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe unberücksichtigt bleiben können. Für jeden Bewerber/jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und für jeden Nachunternehmer muss die Verpflichtungserklärung Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden- Württemberg entweder mit dem Teilnahmeantrag oder spätestens mit dem Erstangebot abgegeben werden.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg gestellt werden, solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach § 134 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Informationen per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§134,135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichend des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§160 Abs. 3 GWB).

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Künzelsau Stadtverwaltung

Registrierungsnummer: DE146278319

Postanschrift: Stuttgarter Str. 7

Stadt: Künzelsau
Postleitzahl: 74653
Land, Gliederung (NUTS): Hohenlohekreis (DE119)
Land: Deutschland
Kontaktperson: kohler grohe architekten, Verfahrensbetreuer, Kontakt: Sabine Heinrichs
E-Mail: sabine.heinrichs@kohlergrohe.de
Telefon: 071176963937
Internetadresse: <https://www.kuenzelsau.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: DE811469974

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +497219268730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: bbbd21bd-4599-4e23-9eec-a5393920773f - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 23/09/2024 11:08:05 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 576634-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 187/2024

Datum der Veröffentlichung: 25/09/2024